

DOI: 10.5771/1866-377X-2018-1-29

Von nichts kommt nichts – Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung 2017

24. November 2017, Berlin



▲ Bild (v.l.n.r.): Prof. Dr. Eva Kocher, Sigrid Grajek (als Coco Lorès), Prof. Dr. Maria Wersig, Ramona Pisal. (Foto: Sharon Adler, pixelmeer.de)

In Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) präsentierte der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) die Ergebnisse des Projekts „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung 2017“. Seit 2009 besuchen Vertreterinnen des djB die Hauptversammlungen insbesondere der 30 DAX-Unternehmen. Durch konsequente Fragen nach den Geschlechterverhältnissen in Aufsichts- und Leitungsgremien wurde so maßgeblich der Weg für das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst geebnet.

Während die 30-Prozent-Quote in den Aufsichtsräten börsennotierter und voll mitbestimmter DAX-Unternehmen überwiegend umgesetzt wurde, sind die Zielgrößenregelungen ein großer Schwachpunkt. Frei definierbare Zielvorgaben für den Frauenanteil im Management zeigen wenig Wirkung. „Die noch viel zu oft gewählte „Zielgröße Null“ für Vorstände ist ein Ruf nach weiterer Regulierung und verbindlicheren Pflichten zur Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsebenen der Wirtschaft. Innovation und Exzellenz bedeuten, auch in diesem Bereich klare Ziele und wirksame Maßnahmen zur Zielerreichung zu entwickeln“, so Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbunds e.V. (djB) in ihrer Begrüßungsrede.

Prof. Dr. Eva Kocher, Hochschullehrerin der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), thematisierte in ihrem

Vortrag „Die deutsche Wirtschaft. Von Freiwilligkeit und Verpflichtung“ das Erfordernis der Bereitschaft für eine nachhaltig geschlechtergerechte Personalpolitik vor dem Hintergrund der geltenden gesetzlichen Regelung. Freiwilliges Engagement von Unternehmen im Interesse der Gleichstellung sei unabdingbar, um einen Wandel der Unternehmenskulturen zu erreichen. Freiwilligkeit sollte aber nicht zu Beliebigkeit werden. Wie Ramona Pisal, Past Präsidentin des djB, ein weiteres Mal betonte, gehe es um Macht, Geld und Einfluss. Freiwillig werde hier nicht geteilt.

Die Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ, Christine Morgenstern, hob hervor: „Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die verbindliche 30-Prozent-Regelung des Gesetzes für börsennotierte und paritätisch mitbestimmte Unternehmen Tatsachen schafft. Die Reihen dieser Aufsichtsräte füllen sich langsam mit mehr Frauen. Jetzt muss diese Entwicklung in den Vorständen weitergehen. Die Befragungen des djB auf den Hauptversammlungen der 30 größten Unternehmen unseres Landes sind ein wertvoller Beitrag, um herauszufinden, wo es bei den Unternehmen nicht funktioniert und wo wir genauer hinschauen müssen.“

Der djB fordert – auch angesichts der ausgewerteten Projektergebnisse – verbindliche Quotenregelungen für alle Führungspositionen in deutschen Unternehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine Nachbesserung des Gesetzgebers unabdinglich sein. Denn: Von nichts kommt nichts.



◀ BMFSFJ-Abteilungsleiterin Christine Morgenstern (links) mit Prof. Dr. Maria Wersig. (Foto: Sharon Adler, pixelmeer.de)